GROSSER RAT

Postulat Nicolas Bürgisser / Solange Berset 279.05
SJD

Zunehmende physische und psychische Gewalt gegen Sozialarbeiter, Behördenmitglieder, Richter und Lehrer – Ist eine Verschärfung der Bestrafung der Täter sowie Vorbeugung möglich?

(Begehren und Begründung)

In der Arbeit vieler Sozialarbeiter, Lehrer, Richter und Behördenmitglieder hat heute die Angst einen wesentlichen Platz gefunden. Physische und psychische Bedrohungen sind heute leider vielfach Bestandteil ihrer Arbeit. Mehrere Sozialarbeiter und Lehrer haben mir von tätlichen Vorfällen während ihrer Arbeit berichtet. Die Tendenz ist steigend. Und: wesentliches Faktum ist dabei, dass nicht nur ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger zum Täterkreis gehören, sondern auch viele Schweizer.

Der ehemalige Vizeoberamtmann des Sensebezirkes, Robert Sturny, berichtete von mehreren bekannten und aggressiven Querulanten, welche ihm bekannt waren. Oftmals beschäftigten diese Personen über mehrere Jahre etliche Instanzen, provozierten und denunzierten diese. Im Kanton Freiburg geht die Vereinigung „Appel au peuple“ oftmals über die Grenzen des Anstandes und der für einige Behördenmitglieder zu ertragenden Belastung. Aggressive Sozialhilfebezüger haben bereits mehrmals Sozialarbeitern in verschiedenen Arten mit Konsequenzen gedroht, für den Fall, dass eine finanzielle Leistung nicht oder nur teilweise bezahlt würde.

Aus anderen Kantonen kennen wir ebenfalls etliche Beispiele: Im Kanton Luzern kontaktierte ein Sozialhilfeempfänger letztes Jahr eine Journalistin und informierte sie, dass er am nächsten Tag beim örtlichen Sozialamt mit einem Revolver erscheinen und sämtliche Personen erschiessen werde Im Kanton Zürich stürmte ein Sozialhilfebezüger das Büro der Amtsvormundin und verlangte ultimativ Geld, ansonsten er ihren Kindern auf dem Schulweg abpassen werde.

- Ist der Staatsrat bereit, sämtliche Möglichkeiten zum Schutze von Sozialarbeitern, Behördenmitgliedern, Richtern und Lehrern zu überprüfen und allenfalls Änderungen vorzunehmen, damit der heutigen Situation Rechnung getragen werden kann?
- Ist der Staatsrat bereit, die Toleranzgrenze für Bedrohungen und Aggressionen gegen die oben aufgeführten Personen herabzusetzen?
- Gibt es eine zentrale Warnkartei der verschiedenen Ämtern, Dienststellen und Oberämter, auf welche zurückgegriffen werden kann? Ist der Staatsrat bereit, eine solche Warnkartei einzuführen?

Die beiden unterzeichnenden Mitglieder des Grossen Rates danken dem Staatsrat für die Prüfung dieses Postulates innerhalb der gesetzlichen Frist.

(Sig.) Nicolas Bürgisser und Solange Berset, Grossräte

13. Mai 2005